

«Die Taliban werden nicht an die Macht zurückkehren»

Die Friedensaktivistin und Menschenrechtlerin Sima Samar hat Hoffnung für Afghanistan

NZZ am Sonntag: Frau Samar, Ende September haben die Taliban mit der Einnahme von Kunduz in Nordafghanistan einen Schock ausgelöst. Was ging Ihnen durch den Kopf?

Sima Samar: Wir waren vorgewarnt, denn die Aufständischen hatten schon einen Teil des Umlands der Stadt eingenommen. Da meine Menschenrechtskommission ein Büro in Kunduz hat, wussten wir, dass sie die Stadt angreifen könnten. Trotzdem waren wir überrascht, als es plötzlich geschah.

Sie waren also nur vom Zeitpunkt des Angriffs überrascht.

Nein, ich hatte auch gedacht, sie würden vielleicht angreifen und die Stadt wieder verlassen. Aber sie blieben ganze drei Tage.

Präsident Barack Obama hat nun den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan auf Eis gelegt. Ist das eine gute Nachricht?

Ich glaube ja, denn derzeit ist es für Afghanistan besonders schwierig. Wir hatten 2014 gleich drei Wechsel zu bewältigen: Zunächst zog der grösste Teil der internationalen Truppen ab und übergab die Sicherheitsverantwortung an unsere Sicherheitskräfte. Dann fand der politische Übergang von Präsident Hamid Karzai zur jetzigen Einheitsregierung statt. Und schliesslich kürzten fast alle Regierungen ihre Spenden für Afghanistan - auch die Schweiz. Dies traf viele hart. Die Nato-Truppen hatten viel Geld für den Wiederaufbau ausgegeben. Viele, die bei ihnen angestellt waren, verloren ihre Arbeit. Der plötzliche Wegfall von Hilfsgeldern riss ein grosses Loch ins Staatsbudget.

Beim Kampf um Kunduz bombardierte die US-Luftwaffe ein Spital. Präsident Obama bat um Entschuldigung. Genügt das?

Ich begrüsse es, dass er sich entschuldigt hat. Doch der Vorfall muss gründlich untersucht werden. Die Familien der Opfer sind zu entschädigen. Und man muss die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, denn es war eine klare Verletzung des humanitären Völkerrechts - selbst wenn die Taliban den Angriff herausfordert haben sollten.

Die Taliban sind auf dem Vormarsch. Warum kann sie die Armee nicht in Schach halten?

Es finden viele Angriffe verstreut in verschiedenen Landesteilen statt. Zugleich sind wir erst dabei, unsere eigene Armee und Polizei aufzubauen. Wir haben auch nicht genug Waffen und Luftunterstützung, denn wir hatten gedacht, wir würden mit den Taliban verhandeln, nicht kämpfen. Stattdessen hat die Gewalt zugenommen. Die Taliban wollen ihre Stärke ausspielen, bevor der Winter beginnt, und mit der Einnahme von vielen Orten eine stärkere Ausgangsposition bei künftigen Verhandlungen haben.

Soll Präsident Ashraf Ghani in dieser Lage mit den Taliban verhandeln?

Das sollte er. Kein Konflikt kann nur militärisch gelöst werden. Doch Ghani darf darüber nicht seine Hausaufgaben vergessen: Er muss gute Regierungsführung und Rechenschaftspflicht fördern sowie Bestechlichkeit und Vetternwirtschaft bekämpfen, um Vertrauen in seine Regierung aufzubauen. Wenn die Öffentlichkeit die Regierung unterstützt,



Die Präsidentin der afghanischen Menschenrechtskommission, Sima Samar. (Bern, 22. Oktober 2015)

steht die Gegenseite allein da. Dann ist es einfacher zu verhandeln. Die Taliban wären gezwungen, sich an den Tisch zu setzen.

Im Augenblick sieht es aber anders aus. Die Taliban könnten die Macht übernehmen.

Die Taliban werden nicht an die Macht zurückkehren. Denn die Bevölkerung lehnt ihre Brutalität ab. Als sie zwischen 1994 und 1996 die Macht an sich rissen, hatten die Leute noch keine Erfahrung mit ihnen. Auch die internationale Gemeinschaft kennt das Verhalten der Taliban inzwischen besser. Als sie an die Macht kamen, versprachen sie, für Recht und Ordnung zu sorgen und die Kampfgruppen zu entwaffnen. Stattdessen machten sie Afghanistan zu einem Trainingslager für Terroristen.

Genügen diese Einsichten?

In den letzten 15 Jahren haben die Afghanen Freiheit erlebt. Wir geniessen zum Beispiel eine Redefreiheit, die wir vorher nicht kannten. Vor den Taliban gab es nur einen Fernsehsender, und den schalteten sie ab. Heute haben wir 65 Sender und Hunderte Lokalradios. Die vielen jungen Leute, die eine Bildung erhalten haben und ihre Freiheiten nutzen, unterstützen die Taliban

nicht. Ebenso wenig die Frauen, die in Afghanistan in den letzten 15 Jahren viel erreicht haben. Sie werden diese Freiheit nicht preisgeben. Zudem haben unsere Nachbarn die gleichen schlechten Erfahrungen gemacht mit den Taliban wie wir. Pakistan wird aus diesem Grund hoffentlich aufhören, sie zu unterstützen.

Viele Afghanen verlassen derzeit ihr Land auf der Suche nach einer besseren Zukunft, viele flüchten nach Europa. Warum?

Leider erleben wir dieses Jahr wie gesagt mehr Angriffe der Aufständischen. Ausserdem wenden die Taliban jetzt eine neue Taktik an: Im März entführten sie Angehörige der Volksgruppe der Hazara, die in neuerer Zeit vom Krieg verschont waren.

Für Lösegeld?

Nein, um inhaftierte Taliban freizupressen. Zum ersten Mal wurden dabei auch Frauen als Geiseln genommen. Das verunsicherte viele Junge und Familien, zumal die Hazara schon während der Taliban-Herrschaft Ziel von Gewalt waren. Die feindliche Propaganda kündigt noch mehr Krieg an und weckt Furcht. Andererseits mangelt es an Arbeitsmöglichkeiten für die junge Generation mit einer Ausbildung. Zugleich sind die Schlepper ziemlich stark und werben unter den Jungen für ihre Dienste.

Was müsste die Regierung tun, um zu verhindern, dass so viele Leute das Land verlassen?

Ich würde sagen: die Regierung und die internationale Gemeinschaft. Letztere sollte mehr Geld ausgeben für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Armut kann man durch Arbeitsplätze bekämpfen. Dies würde den Leuten die nötige Hoffnung geben, um im Land zu bleiben. Allerdings haben wir mit der Idee, die Privatwirtschaft zu fördern, einen Fehler gemacht. Der Strassenbau zum Beispiel könnte unsere vielen ungelerten Arbeitskräfte beschäftigen. Aber unglücklicherweise erhalten Unternehmen den Zuschlag, die den grössten Maschinenpark haben und mit einer einzigen Maschine 200 Arbeiter einsparen können. Eine bessere Politik wäre es, den Gewinn mit der Bevölkerung zu teilen. Diese würde sich dann überdies als Eigentümerin der Strasse fühlen und sie vor Zerstörung schützen.

Sima Samar

Die in Kabul lebende 58-jährige Ärztin ist Präsidentin der afghanischen Menschenrechtskommission. Als Flüchtling in Pakistan gründete sie das Hilfswerk Shuhada, das sich für Gesundheit und Bildung von Frauen einsetzt. Sie war Ministerin für Frauenangelegenheiten und Uno-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte im Sudan. Samar hat viele internationale Auszeichnungen erhalten. Diese Woche feierte sie in Bern das zehnjährige Bestehen der Organisation Friedensfrauen Weltweit mit, deren afghanischen Zweig sie leitet. (vmt.)

Sie sind Präsidentin der afghanischen Kommission für Menschenrechte. Wie steht es um diese Rechte in Ihrem Land?

Wir haben viel erreicht in den 14 Jahren seit unserer Gründung. Unser Auftrag ist breit gefasst. Wir schützen und fördern eine ganze Reihe von Rechten, wie Rechte von Frauen oder Kindern, Grundrechte, politische Rechte, das humanitäre Völkerrecht. In den Gefängnissen beispielsweise ist die einst übliche Folter zwar nicht abgeschafft, aber stark vermindert worden. Das ist ein grosser Erfolg. Schauen Sie unsere Nachbarländer an: Alle foltern, ohne dass jemand bestraft wird. Wir dringen auf die Bestrafung von Folter und verfechten, dass sie ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist.

Und diese Fortschritte führen Sie auf Ihre Arbeit zurück.

Das Wort Menschenrechte zu gebrauchen, galt unter den früheren Regimen als Verbrechen. Heute sind Menschenrechte Gesprächsthema am Familientisch, oder zumindest hat man davon am Radio oder am Fernsehen gehört. Die Menschenrechtskommission hat hier Bewusstsein geschaffen. Bei einer Vergewaltigung zum Beispiel wurde früher das Opfer der Familienehre zuliebe umgebracht und der Fall nicht angezeigt. Heute erstatten sogar in sehr konservativen Landesteilen die Familien Anzeige und fordern Gerechtigkeit.

Ist also die Lage der Frauen besser heute?

Früher zählten Frauen nicht. Heute stehen Frauen auf der Agenda, überall. Im Parlament müssen 25 Prozent der Abgeordneten Frauen sein. Quoten sind nicht das beste System, aber in Ländern wie bei uns ein Anfang. Wir haben 25 Prozent Frauen in den Provinzparlamenten, wir haben Ministerinnen, Präsidentinnen von Kommissionen, Frauen in den Sicherheitskräften, Journalistinnen, Besitzerinnen von Radiosendern. Afghanistan hat hier viel erreicht - wieder viel mehr als unsere Nachbarstaaten.

Was muss für Frauen noch getan werden?

Erstmals in unserer Geschichte haben gemäss der Verfassung Männer und Frauen gleiche Rechte. Ebenso ist Gewalt gegen Frauen verboten. Aber die Verfassung ist noch nicht in jedem Landesteil Wirklichkeit. Auf dem Land leiden die Frauen immer noch unter vielen Einschränkungen und können ihre Freiheiten nicht ausleben.

Wie ist das zu erreichen?

Der Schlüssel ist Bildung. Das Recht jedes Menschen darauf muss garantiert werden. Wichtig ist auch die Gesundheitsversorgung, insbesondere der Zugang zu Verhütung, denn Frauen müssen die Zahl ihrer Kinder selbst bestimmen können. Und Frauen brauchen Zugang zu Arbeitsplätzen und zur Wirtschaft, um unabhängig sein zu können. Daran müssen wir noch arbeiten.

Sie fordern den Einbezug von Frauen in Friedensverhandlungen.

Die Arbeit in Afghanistan ist noch nicht beendet. Afghanistan darf nicht nochmals im Stich gelassen werden. Wir Frauen könnten einen wichtigen Beitrag leisten. Über unsere Initiative Friedensfrauen Weltweit sind wir miteinander in Verbindung und lernen gegenseitig von unseren Erfahrungen. Jetzt sind wir vielleicht noch nicht stark, aber wir könnten es noch werden.

Interview: Victor Merten

Jahrzehntelanger Krieg

1978. Die von der Sowjetunion unterstützten Kommunisten Afghanistans kommen an die Macht. Sie stossen auf Widerstand, der in einen Bürgerkrieg mündet.

1979. Einmarsch sowjetischer Truppen. Während zehn Jahren kämpfen sie an der Seite der Regierung gegen die islamischen Mujahedin, die Unterstützung von den USA, Pakistan

und Saudiarabien erhalten.

1989. Abzug der sowjetischen Truppen. 1992 erobern die Mujahedin Kabul. Krieg zwischen ihrer neuen Regierung und Stammesmilizen sowie unter verfeindeten Milizen.

1996. Die von Pakistan unterstützten radikalislamischen Taliban errichten eine Schreckensherrschaft. Sie können sich nicht im ganzen Land durchsetzen.

2001. Die Taliban liefern Usama bin Ladin, den Drahtzieher der Terroranschläge vom 11. September, nicht aus. Die USA marschieren ein. Demokratisierung unter dem Schutz der Nato. Die Taliban nehmen den Krieg wieder auf.

2014. Ashraf Ghani wird als neuer Präsident gewählt. Abzug des grössten Teils der Nato-Truppen. Die Angriffe der Taliban nehmen zu. (vmt.)



Der afghanische Präsident Ashraf Ghani.